



Protokollauszug
zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND
VERWALTUNG

am Dienstag, 05.05.2015, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Städtisches Kulturprogramm im Forum am Schlosspark - Jahresbericht 2014 & Spielzeitbericht 2014/2015 - Planung Spielzeit 2015/2016	Vorl.Nr. 156/15
-------	--	-----------------

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss Haushalt 2014 für das Städtische Kulturprogramm wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem vorgelegten Spielplan für die Spielzeit 2015 / 2016 des Fachbereichs Kunst und Kultur sowie der Preisgestaltung wird zugestimmt.
3. Der Fachbereich Kunst und Kultur wird beauftragt und bevollmächtigt, entsprechende Verträge abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Schwytz (entschuldigt)

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist OBM Spec auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 156/15.

Herr Reuter (FB Kunst und Kultur), künstlerischer Leiter des Forums am Schlosspark, blickt auf die programmatischen Höhepunkte der vergangenen Spielzeit zurück und geht erläuternd auf die Punkte Auslastung, Besucherzahlen sowie die Haushaltsrechnung ein. Darüber hinaus gibt er Anhand der Anlage 3 zur Vorl.Nr. 156/15 einen Ausblick auf die Produktionen der Spielzeit 2015/2016.

In der nachfolgenden Aussprache dankt Stadträtin Kreiser im Namen ihrer Fraktion für den

Vortrag und lobt das qualitativ hochwertige und vielseitige Programmangebot im Forum. Sehr erfreulich sei für sie der Publikumszuwachs, sowohl bei den Abonnements als auch bei den Einzelkarten.

Ebenso begrüßen die Stadträtinnen **Wiedmann** und **Deetz** die Programmatik und die multikulturelle Aufstellung.

Auch Stadtrat **Weiss** bringt für seine Fraktion den Dank für den Vortrag und die geleistete Arbeit zum Ausdruck. Die Einnahmen seien steigend und trotz höherer Programmkosten zufriedenstellend.

Stadtrat **Eisele** lobt die Vielfältigkeit des Programmes und die ausgewogene Preisgestaltung.

Abschließend geht Herr **Reuter** auf vereinzelte Randaspekte ein und stellt heraus, dass es bei der heutigen Beschlussfassung nicht um Zuschüsse für die kommende Spielzeit ginge.

Auf Nachfrage aus der Mitte des Gremiums äußert sich Frau **Richert** (FB Kunst und Kultur) zur Verwendung von Haushaltsresten. Diese würden regelmäßig beantragt, um beispielsweise damit in den vergangenen Jahren höhere Veranstaltungszahlen finanzieren zu können.

Abschließend stellt OBM **Spec** die Ziffern der Vorl.Nr. 156/15 en bloc im Gremium zur Abstimmung.

TOP 2 **Prozess der Markenbildung der Stadt
Ludwigsburg
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Frau **Schuster** (TELB) erläutert anhand einer Präsentation die strategische Ausrichtung des Stadtmarketings und führt in den Prozess der Markenbildung ein. Anschließend stellt sie die Meilensteinplanung für die Erneuerung, Neupositionierung und Etablierung der neuen Dachmarke für die Stadt Ludwigsburg vor.

OBM **Spec** erachtet es in diesem Zusammenhang als wichtig, zu identifizieren wo bestimmte Themen stärker besetzt und transportiert werden müssen, welche die Stadt charakterisierten. Als Beispiele nennt er die positive Situation als Einkaufsstadt und die Frage neuer technologischer Entwicklungen auf dem Gebiet der Mobilität. Darüber hinaus müsse man die Bürger auf diesem Weg mitnehmen und mit ihrer Unterstützung eine Verdeutlichung dessen stattfinden, wofür Ludwigsburg stehe.

Für die Fraktion von Stadträtin **Kreiser** ist der Handlungszeitpunkt richtig gewählt, da sich die Stadt Ludwigsburg in ihrem Umfeld zunehmend behaupten müsse. Die Stadt nehme in Bezug auf nachhaltige Mobilität und Bürgerbeteiligung eine führende Rolle ein, die ebenfalls vermarktet werden könne. Entscheidend sei, dies gleichzeitig verstärkt ins Bewusstsein der Bürger zu rücken.

Stadtrat **Dr. Vierling** bewertet die Frage nach der Authentizität als Kern des Markenbildungsprozesses, da es schwer sei aus den vielfältigen Bereichen geeignete Botschaften auszuwählen ohne wesentliche Aspekte zu vergessen. Aus seiner Sicht gehe die emotionale Ergriffenheit, welche mit dem derzeitigen Markenkern „barock“ verbunden sei, allmählich zurück. Die Nähe zu Stuttgart stelle eine zusätzliche Herausforderung dar, der man sich stellen müsse.

Auf die beeindruckende Auftaktveranstaltung zurückblickend stellt Stadträtin **Liepins** fest, dass der Konzentration auf wesentliche Aspekte, ohne dabei zu überfrachten, eine zentrale Rolle im Prozess der Markenbildung zukommen müsse.

Die Meinung der Bürger ist für Stadtrat **Weiss** von hohem Interesse. Daneben müsse die vorgestellte Neupositionierung bis zum Jahr 2017 durchlaufen werden, um mit den gewonnenen Erkenntnissen arbeiten zu können. Für ihn stelle sich zudem die Frage nach der gewünschten Ausbreitung der Ausstrahlung der Marke.

Stadtrat **Eisele** zeigt sich skeptisch, wie die Barockstadt und viele andere Attribute unter ein Markendach gebracht werden sollen.

Stadträtin **Dziubas** zeigt sich gespannt auf die Zusammenführung der Ergebnisse des Workshops und der Bürgerbefragung aufgrund der zu erwartenden Divergenzen.

Stadträtin **Haberzeth-Grau** lenkt die Aufmerksamkeit auf den Blick der von außerhalb in die Stadt kommenden Besucher auf Ludwigsburg. Die Außenwahrnehmung und deren Übereinstimmung mit der Wahrnehmung der Ludwigsburger könnte man zusätzlich zur Bürgerbefragung mittels Fragebögen in Hotels ermitteln.

Eine Fokussierung auf wenige Punkte, um langfristig in einen Premiumsektor zu gelangen, schlägt Stadträtin **Deetz** vor.

OBM **Spec** fügt an, dass ein zweiteiliges Verfahren zugrunde liege. Einerseits werde eine systematische Bestandsaufnahme betrieben, um andererseits die Umsetzung der Vermittlung möglichst fundiert ausgestalten zu können. Für die zweite Phase nach der Grundlagenerhebung erfolge eine Ausschreibung bezüglich der Zusammenarbeit mit einem anderen Partner, in der einschlägige Agenturen sich mit entsprechenden Vorschlägen bewerben könnten. Inhaltlich halte er eine Ermittlung der Stärken ohne deren zahlenmäßige Begrenzung für sinnvoll und wichtig. Erst in der Umsetzung erfolge eine Konzentration auf bestimmte Kernpunkte, welche zugleich eine behutsame Weiterentwicklung aktueller Strategien umfasse. Überdies sei die Wahrnehmung der eigenen Stadt durch die Bürger in der gesamten Breite der städtischen Bevölkerung zu transportieren.

Abschließend geht Frau **Schuster** auf die Vielfältigkeit und den Unterschied zwischen Marketing für ein Produkt und für eine Stadt ein. Innerhalb der zu berücksichtigenden Breite solle den Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, sich selbst wieder zu finden. Man wolle sich nicht auf einen festen Kern beschränken, sondern eine Zielgruppendefinition in Themenfeldern angehen, was das große Potenzial bei einer Stadt zum Ausdruck bringe. Eine Konzentration finde anschließend innerhalb dieser Bereiche statt.

TOP 3

Bericht zum Projekt Zukunftsstadt, LivingLab
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Einführend geht Herr **Geiger** (Ref NSE) auf die Bezugspunkte zur nachhaltigen Stadtentwicklung und die mit der optimalen Vernetzung der Akteure verbundenen Anforderungen sowie die Moderatorenrolle der Verwaltung ein.

Frau **Bühler** (Ref NSE) referiert anhand einer Präsentation über die aktuelle Projektarbeit im Rahmen des Projekts „LivingLab“. Hierzu erläutert sie die Ziele, Organisationform und Schnittstellen der Netzwerkarbeit, welche in die wesentlichen Schwerpunktbereiche Mobilität,

Protokollauszug Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung 05.05.2015

Energie, Gebäude sowie in das Querschnittsthema IT- und Datenmanagement untergliedert sei. Bereits bei der Zukunftskonferenz erfolgte eine Beteiligung von Vertretern aus der Wirtschaft, die nun gemeinsam mit den Akteuren aus der Wissenschaft und der öffentlichen Hand im Netzwerk „LivingLab“ agierten. Dieses befasse sich mit der perspektivischen Übertragbarkeit diverser zukunftsbezogener Fragestellungen in das Stadtgebiet, welches als potenzielles Testumfeld diene. Zu Beginn sei ein erster Workshop zum Themenbereich Mobilität veranstaltet worden, in dem man erste gemeinsame Projekte identifiziert habe. Der Bereich um den Bahnhof biete sich als Testumgebung hinsichtlich der Ansätze Stärkung von Intermodalität, optimaler Gestaltung von Umsteigepunkten und Anforderungen sowie Einbindung des ÖPNV und Parkraummanagement besonders an. Abschließend informiert Frau Bühler über die nächsten Schritte, wie beispielsweise die Aufnahme der Tätigkeit der AG Mobilität resultierend aus den Ergebnissen des Workshops sowie den geplanten Workshop zum Thema Energie vor der Sommerpause. Darüber hinaus seien eine Darstellung der Innovationsprojekte innerhalb der Masterpläne, eine regelmäßige Bürgerbeteiligung, eine Verknüpfung der Wettbewerbsteilnahme „Zukunftsstadt“ mit den Zielen der Initiative „LivingLab“ sowie regelmäßige Berichte im Gremium vorgesehen.

OBM **Spec** bewertet die Steuerung im Kernteam als positiv. Die Vertreter der Unternehmen, Hochschulen und Institute seien dankbar, dass die Stadtverwaltung als neutrale Instanz dies übernehme, damit werde für alle Akteure der gleiche Zugang zu den Informationen gewährleistet. Darüber hinaus müsse das kleine Kernteam temporär für die Dauer dieses Prozesses für die nächsten zwei bis drei Jahre personell verstärkt werden, wofür Fördermittel zur Verfügung stünden. Nach dem Auftaktworkshop im Teilbereich Energie kündigt er eine starke Konkretisierung in Form weiterer Projekte an.

Nach Auffassung von Stadträtin **Kreiser** sei „LivingLab“ als Begriff für die Bürger zu wenig greifbar und müsse konkretisiert werden. Sie halte das Projekt insgesamt für einen positiven Ansatz, der zudem eine stärkere Außendarstellung der Einzelprojekte benötige. Für ihre Fraktion wäre zudem die Finanzierung von Interesse.

Von einem innovativen Ansatz spricht Stadtrat **Dr. Vierling**, der auch Ein- und Auspendler einbezogen haben möchte und eine stärkere Verflechtung von Wohnen und Arbeiten für wünschenswert halte. Aus den Ankündigungen heraus sei er auf konkrete Maßnahmen gespannt.

OBM **Spec** hält es für wichtig zu ergänzen, dass die Förderung aus dem Programm der Bundesregierung nicht nur die Entwicklung der Kooperation erfasse, sondern in einem dreistufigen Förderverfahren gerade die praktische Umsetzung der Entwicklung von Verfahren, Produkten und Dienstleistungen auf dieser Ebene unterstütze. In weiteren Schritten gehe es ferner um die Förderung der infrastrukturellen Umsetzung in beträchtlichen Dimensionen.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** schließt sich den Ausführungen von Stadträtin Kreiser zur Verständlichkeit der Bezeichnung an. Unklar auf ganz grundsätzlicher Ebene sei für ihn das praktische Ausmaß der Testumgebung in Form des Stadtraumes. Innovative Ideen aus Industrie- und Hochschullandschaft als Alleinstellungsmerkmal könnten ein Anknüpfungspunkt zur Markendiskussion darstellen. Nachfolgend nimmt er Bezug auf frühere Vorschläge und deren Umsetzung.

Die Fraktion von Stadtrat **Weiss** unterstützt die Weiterentwicklung auf dieser Ebene. Für sie gehe es zentral um die hier ansässigen Konzerne, welche in der Stadt innovative Ansätze umsetzen wollten, die den Wirtschaftsstandort voran bringen würden.

Abschließend nimmt OBM **Spec** zur aktiven Rolle der Verwaltung Stellung, die für andere Teilnehmer unverzichtbar sei, und erläutert beispielhaft die Anknüpfungspunkte für zukünftige Herausforderungen. Auf Nachfrage von Stadträtin **Haberzeth-Grau** zeigt er die Rolle des Energetikoms in diesem Prozess auf. Dieses müsse man in seiner Weiterentwicklung so positionieren, dass die Netzwerkarbeit mit Handwerksbetrieben und zusätzlichen Partnern zu einem verbesserten Austausch führe.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH bzw. der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH wird ermächtigt, für Aufsichtsräte ab 01.01.2015 ein Betreuungsgeld entsprechend der jeweiligen Regelung in der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit der Stadt Ludwigsburg zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Schwytz (entschuldigt)

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist OBM Spec auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 144/15.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Eine Aussprache findet nicht statt.

Sodann stellt OBM Spec die Vorl.Nr. 144/15 im Gremium zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Ludwigburg lehnt TTIP, CETA und TiSA in der derzeit bekannten Form ab.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, diese ablehnende Haltung gegenüber dem Deutschen Städtetag auszudrücken, den Mandatsträgern und Mandatsträgerinnen im Europäischen Parlament, im Bund und im Land bekannt zu geben und sie aufzufordern, den Abkommen in der derzeit bekannten Form nicht zuzustimmen,
 - der Bundeskanzlerin und dem Bundeswirtschaftsministerium gegenüber zum Ausdruck zu bringen,
 - die Öffentlichkeit davon in Kenntnis zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung zum Linken-Antrag Vorl.Nr. 048/15

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 6 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung zum Anschluss an das gemeinsame Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Beratungsverlauf:

OBM Spec führt in die Beratung ein.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) nimmt zum derzeit bekannten Verhandlungsstand des Freihandelsabkommens und den abgeschätzten Auswirkungen auf die kommunale Ebene Stellung. Hierzu greift er das Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände auf. Diese hätte eine Initiative entwickelt, mit deren Hilfe die Kernbereiche der kommunalen Selbstverwaltung von einem Wettbewerb ausgenommen werden sollten. Da es innerhalb der kommunalen Spitzengremien keine grundsätzliche Ablehnung des Abkommens gebe und dieses durchaus auch positiv bewertete Bestandteile enthalte, formuliert er die zusammenfassende Empfehlung, den Beschluss des Antrags nicht zu fassen und sich dem Positionspapier vom Oktober 2014 anzuschließen.

Die Hintergründe des Antrags erläuternd, geht Stadträtin **Dziubas** auf die aus ihrer Sicht möglichen Risiken und Folgen für die Stadtgesellschaft ein. Ihr gehe es um ein öffentliches Zeichen und im Gremium um eine Auseinandersetzung mit der Thematik. Die Beschlussfassung durch den Gemeinderat, dieses Abkommen abzulehnen, und die weitere, kritische Begleitung der Verhandlungen seien ihr daher ein wichtiges Anliegen.

Die CDU-Fraktion stehe dem Abkommen, welches das Ziel der Verbesserung von Investitionsbedingungen und den Abbau von Handelshemmnissen verfolge, grundsätzlich positiv gegenüber, so Stadträtin **Kreiser**. Sie verdeutlicht dies anhand konkreter Beispiele in bezieht im Zuge dessen zu den vom Städte- und Gemeindetag aufgegriffenen Risiken Stellung. Für ihre Fraktion signalisiert sie die Ablehnung des Antrags in der vorliegenden Form und plädiert dafür, dem gemeinsamen Positionspapier kommunalen Spitzenverbände beizutreten.

Für Stadtrat **Dr. Vierling** müssen die Rahmenbedingungen für solch ein Abkommen stimmen. Nicht im Vordergrund stehen dürften die Vermarktungsinteressen der internationalen Großkonzerne, jedoch seien gerade von deren Handschrift die Verhandlungen geprägt. Seine Fraktion unterstütze den Antrag der Linken und man werde sich in gleicher Weise dafür einsetzen, dass der Gemeinderat seine Ablehnung formuliere und diese Haltung der Stadt deutlich nach außen vertrete. Nach seiner Auffassung werde über die bestehende Äußerung hinaus eine kommunale Ergänzung der Bedenken benötigt, da die Anliegen zur Beteiligung der Verbände bisher nicht gehört worden seien. Dies gebe für ihn Anlass zur Skepsis und zur Sichtweise, dass die kommunale Daseinsvorsorge zumindest in Teilen gefährdet sei. Da offensichtlich nicht alle Arbeitsfelder der kommunalen Daseinsvorsorge anerkannt worden seien, befürchte man

Regelungslücken von Seiten des Städtetags Baden-Württemberg. Stadtrat Dr. Vierling spreche sich dahingegen für eine freie Gestaltung der kommunalen Landschaft und gegen eine vorschnelle Abgabe von Gestaltungsmöglichkeiten aus.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** erläutert die für ihn betroffenen Ebenen des Abkommens, welches er grundsätzlich als richtig und wichtig bewertet anhand unterschiedlicher Beispiele. Darin sehe er entscheidende Vorteile für eine exportorientierte Nation wie Deutschland. Hinsichtlich des Verhandlungskapitels kommunale Daseinsvorsorge halte er einen Kern an echten Betätigungsfeldern für erforderlich, da eine unterschiedliche Betrachtung dessen vorherrsche, was dazu gehöre. Zu diesen Detailpunkten bestehe zwischen den Verhandlungspartnern noch Klärungsbedarf, wobei in Deutschland ein vergleichsweise hoher Anteil dieser Betätigungsfelder bereits Privatisiert worden sei.

Für die Freie Wähler-Fraktion vertritt Stadtrat **Weiss** die Auffassung, dass ein solches Abkommen mehr zum Vorteil als zum Nachteil der deutschen Wirtschaft beitrage. Einschränkend fügt er an, dass allerdings noch keine endgültigen Inhalte vorliegen würden. Er fordere gleichermaßen die Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände hinsichtlich der Betätigungsfelder vorausschauender Vorsorge durch ein qualifiziertes Anhörungsrecht und darüber hinaus die Geltung der nationalen Gerichtsbarkeit, was derzeit versucht werde durchzusetzen. Dahingegen stehe für ihn fest, dass die Daseinsvorsorge der Kommunen nicht infrage gestellt werden dürfe. Den Antrag der Stadträte der Linken könne seine Fraktionen in Teilen nicht nachvollziehen und in seiner Gesamtheit nicht unterstützen. Die Freie Wähler-Fraktion spreche sich dafür aus, der Aussage der Verwaltung in Vorl.Nr. 087/15 zu folgen.

Eingangs kündigt Stadtrat **Eisele** die Ablehnung des Antrags der Linken an und spricht sich dafür aus, keinen Beschluss zu fassen. Nichtsdestotrotz sehe er das Ziel einer Behandlung im kommunalen Gremium als erreicht an. Nachfolgend gibt er eine inhaltliche Stellungnahme zu den Punkten Absenkung von Standards, Transparenz der Verhandlungen, Unumkehrbarkeit des Vertragswerks und die sich aus seiner Sicht ergebenden Vorteile ab.

Stadträtin **Deetz** legt ihre differenzierte Position dar, dass die Unterschiedlichkeit der Wirtschaftssysteme zu groß sei, um diese näherungsweise zusammen zu bringen. Aufgrund dessen könne sie dem Antrag Vorl.Nr. 048/15 folgen.

Stadträtin **Dziubas** geht auf einzelne Wortmeldungen aus der Mitte des Gremiums ein und ergänzt das im Raum stehende Rekommunalisierungsverbot als Bestandteil der derzeit bekannten Form. Sie halte eine offene Diskussion für entscheidend. Da diese nicht stattfinde, müsse von Fallstricken ausgegangen werden, auf die man erst im Nachhinein aufmerksam werde.

Mit Zustimmung des Gremiums äußert sich Stadtrat **Kube** zum Antrag. Aus seiner Sicht stelle das Abkommen eine vertragliche Absicherung zur vorzugsweisen Behandlung von Konzerninteressen dar. Vergleichbare Abkommen hätten rückblickend betrachtet zu erheblichen Nachteilen für die Bevölkerung geführt und Konzerninteressen begünstigt. Nachfolgend äußert er sich zur Diskussion um Schiedsgerichte und zur Abschaffung der Kennzeichnungspflicht für genmanipulierte Lebensmittel.

Nach Abschluss der kontroversen Diskussion fasst OBM **Spec** die Beratungsergebnisse zusammen. Abschließend lässt er zunächst über den Antrag von Stadträtin Dziubas und Stadtrat Kube, Vorl.Nr. 048/15, abstimmen. Da dieser nicht zum Tragen kommt, stellt OBM **Spec** den aus der Beratung hervorgegangenen Antrag zur Abstimmung, sich dem gemeinsamen Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände vom Oktober 2014 (Anlage 1 zu Vorl.Nr. 087/15), insbesondere der in Ziffer 5 geforderten Transparenz und Einbindung kommunaler Vertreter in Beratergruppen anzuschließen.